

In den Momenten seines besonderen Selbstgefühls sucht das politische Leben (der Staat) seine Voraussetzungen, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Elemente, zu erdrücken und sich als das wirkliche, widerspruchslose Gattungsleben des Menschen zu konstituieren. Es vermag dies indessen nur, durch gewaltsamen Widerspruch gegen seine eigenen Lebensbedingungen, nur in dem es die Revolution für permanent erklärt, und das politische Drama endet daher ebenso notwendig mit der Wiederherstellung der Religion-des Privateigentums, aller Elemente der bürgerlichen Gesellschaft wie der Krieg mit dem Frieden endet (Marx "Zur Judenfrage" Deutsch-französische Jahrbücher S. 193 (+) Anm.)

Wir haben den bürgerlichen Charakter/der Bolschewiki bereits im ersten Teil dieser Arbeit nachgewiesen. Wir begnügen uns, hier noch eine "Definition" Bucharins anzuführen, welche unsere ~~XX~~ Darlegungen nur bestätigen. Auf dem 9. Parteitag diskutierte man über die Aufgaben der Gewerkschaften. Nach dem Parteiprogramm von 1919 sollten sie die Leiter und Organisatoren der Produktion ~~zu~~ werden. Die Gewerkschaften beanspruchten jetzt die Durchführung dieses Programmes. Lenin und mit ihm Bucharin Radek, Sinojev usw. wehrten sich aufs Äusserste gegen diese Forderungen. Bucharin begründete dabei den Standpunkt des ZK folgendermassen: "Es ist falsch, wenn einige sagen, die Gewerkschaften seien in höherem Grade Arbeiterorganisationen als der Staat. Der Staat ist vielmehr die allumfassende universale Form der Arbeiterorganisationen. Dieser Satz ist annehmbar bei Definition der Staatsform jeder Klasse, z. B. auch der Bourgeoisie. Dort haben wir verschiedene Organisationen: den Staat, Trust, Unternehmensverbände u. a. Worin liegt der Unterschied der bürgerlichen Staatsorganisation von den Trusts usw.? Darin, das der Staat die konzentrierteste, mächtigste, breiteste soziale Kraft ist, die universelle ~~XXXXXXXXXX~~ Macht die ihre Fühler über alle Gebiete erstreckt, wo die Bourgeoisie die herrschende Klasse ist. Was für bürgerlichen Staat gilt, das gilt auch für den Arbeiterstaat." (Protokoll des IX Parteitages S. 198.)

Was Bucharin hier bringt, ist die verherrlichung des zentralisierten bürokratischen Staatsapparats. Nach Marx muss das Proletariat diese Staatsform "Zerbrechen" - also "gilt dieser Staat nicht mehr für ein Proletariat, dass die Macht erobert hat. Wenn Bucharin daher sagt, für die Struktur des "Arbeiterstaates" - gemein ist natürlich der Staat der Bolschewiki - gelten genau dieselben Bestimmungen wie für jeden bürgerlichen Staat, genau dieselbe universelle, unbeschränkte Macht der Staatsbürokratie über alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, so sagt er damit nur, dass der bolschewistische Staat sich in keiner Weise von den anderen bürgerlichen Staaten unterscheidet oder das er eben ein bürgerlicher Staat ist - trotz aller Phraseologie-

In den Jahrzehnten vor der Revolution haben die Bolschewiki sich nach dem Vorbild der französischen Revolution selber immer als "Jakobiner" bezeichnet. Die Sozialdemokratie - das ~~sist~~ das Jakobinertum welches mit der Arbeiterklasse verbunden ist, so hat Lenin immer seine eigene Partei "definiert". Nach dem Vorbild der Jakobiner haben sie als ihren Zweck immer den Sturz des Absolutismus und die Herstellung der bürgerlichen Gesellschaft in Russland betrachtet. Das Proletariat war für Lenin immer Mittel; "Material" zur Erreichung dieses bürgerlichen Zwecks. Den Kampf für die ökonomischen Interessen des Proletariats, d. h. für seine unmittelbaren Klasseninteresse hat er immer mit grösster Verachtung behandelt, er nannte sie bloss "bürgerliche Bewegung der Arbeiterklasse". Umgekehrt hat Marx immer den ökonomischen Kampf als den eigentlichen Inhalt des proletarischen Klassenkampfes und die ökonomischen Organisationen (die Koalitionen immer als die wirklich proletarische Form dieses Kampfes betrachtet.) Nachdem die Bolschewiki mit Hilfe der Bauernregimenter die Macht erobert, blieben sie natürlich die "Jakobiner" die sie vorher waren und sein wollten. Ihr Interesse galt der Staatsorganisation, die sie in einen vollendeten Mechanismus verwandeln wollten; die ökonomischen Bewegungsgesetze der Gesellschaft - in denen Marx das Fundament ~~XXXX~~ aller gesellschaftlichen Formen nachgewiesen - sollten ersetzt werden durch die Staat - "Maschine -" Lenin selbst bezeichnete dieses System gelegentlich als ein "kompliziertes System von Zahnrädern", auch Sinojev gebrauchte diesen Ausdruck. Die ökonomischen Interessen der Klassen sollten verschwinden um dem absoluten Staatsinteressen Platz zu machen. Arbeiter wie Bauern sollten durch "organisatorische Massnahmen" (Lenin Kinderkrankheiten / Ausgabe Maslov S. 55. zu "guten Staatsbürgern" und zunichts weiter als Staatsbürger, zu Menschen ohne

Was?

Privatleben, ohne Privatinteressen und Bedürfnisse "umerzogen werden."

Diese jakobinische Politik wurde verwirklicht im Kriegskommunismus. Mit den Klasseninteressen des Proletariats, mit Marxismus und Sozialismus hatte dieser "Kriegskommunismus" (der sozialistische Aufbau "oder" "Proletarische Naturalwirtschaft", wie man ihn nannte als er noch in Kraft war) genau so wenig zu tun wie die Politik Robespierres. Diese ökonomische Politik war eben eine echt "jakobinische", d.h. kleinbürgerliche Politik, die sich nur halten konnte, solange sie die ökonomischen Interessen der Gesellschaft gewaltsam unterdrückte. Dies ist der Grund, dass der Kriegskommunismus nur von kurzer Dauer sein konnte. Er währte solange, wie die Verteidigung der Bauernrevolution gegen die Konterrevolution dauerte. Diese Aufgabe einmal gelöst, begannen die gewaltsam zurückgedrängten, aber niemals vernichteten "Elemente der bürgerlichen Gesellschaft" - Ware, Geld, Handel, Kapital, - wieder hervorzubrechen und sich als die wirklichen Nutzniesser der Revolution geltend zu machen. Bereits im Frühjahr 1920 bezeichnete Radek als "grundlegende Tatsache, dass der Bauer nicht mehr an die weisgardistische Gefahr glaubt und dass er in der Arbeiterklasse (lies "Bolschewiki") nicht mehr den Verteidiger des Bauernlandes erblickt". Ein Jahr später demonstrierten die Bauern den Bolschewiki, dass sie nicht zwei, sondern nur eine Seele in der Brust haben, die Seele des Eigentümers und dass "der Staat" in einem bäuerlicher Privateigentümer eine Politik des Privateigentums zu treiben habe.

Aber noch ehe es zu ~~XXX~~ dieser Explosion kam, hatte sich bereits der Gegensatz zwischen den Klasseninteressen der Arbeiter und den sog. "Staatsinteressen" so verschärft, dass die Bolschewiki selber an eine Revision ihrer Grundanschauung gehen mussten. Auf Initiative Trotzki's begann Ende 1920 eine grosse Parteidiskussion über die Aufgaben der Gewerkschaften. Trotzki, Bucharin und andere meinten, die Gewerkschaften müssten jetzt auch formell in Staatsbehörden verwandelt werden - faktisch waren sie es seit 1918 und sind es bis heute geblieben - weil ja ihre frühere Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen, nunmehr überflüssig geworden seien. Manche träumten bereits davon, dass die Gewerkschaften überhaupt als besondere Organisationen verschwinden und ihre Funktionen auf den Staatsapparat übergehen sollten.

Lenin entgegnete: "Wenn man heute sagt: Wozu verteidigen, gegen wen verteidigen, es gibt ja keine Bourgeoisie mehr, wir haben ja einen Arbeiterstaat - so begeht man einen offensichtlichen Irrtum. Der Witz ist eben der, dass es nicht ganz ein ~~Arbeiterstaat~~ ist... Unser Staat ist in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat... Unser jetziger Staat ist derart, dass das organisierte Proletariat sich verteidigen muss und dass wir die Arbeiterorganisationen ausnutzen müssen zum Schutze der Arbeiter gegen ihren Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter... Man muss die Massnahmen der Staatsmacht ausnutzen zum Schutz der geistigen und materiellen Interessen des durchweg organisierten Proletariats gegen diese Staatsmacht..." (Lenin über die Gewerkschaften, Sammelband, deutsch S. 593f)

Diese Erklärung ist von ganz entscheidender Bedeutung. Hier wird zum ersten Mal eingestanden, was man drei Jahre lang geleugnet-geleugnet, was man drei Jahre lang behauptet hatte. Lenin sagt hier klipp und klar, dass das Proletariat besondere Klasseninteressen habe, die im Gegensatz stehen zu den "Staatsinteressen" der Oktoberrepublik, und dass das Proletariat diese Interessen "gegen den Staat verteidigen" müsse. Wenn das Proletariat seine Interessen aber gegen den Staat verteidigen muss, so heisst das, dass ihm dieser Staat als eine fremde Macht gegenübersteht, dass er nicht das politische Organ des Proletariats ist, vermöge dessen es seine Klasseninteressen realisiert. Also muss es ein bürgerlicher Staat sein - ein drittes gibt es nicht.

Wollten die Bolschewiki konsequent sein, so müssten sie den Arbeitern sagen: "Ihr müsst euch gegen unseren Staat verteidigen; also kann der Staat nicht euer Staat sein. Die Interessen des Proletariats verteidigen kann niemand besser als das Proletariat selbst: wir geben euch also freie Hand. Wir heben den Zwangscharakter der Gewerkschaften ~~XXX~~ wieder auf, stellen die Koalitionsfreiheit, Versammlungsrecht, Pressefreiheit, Streikrecht wieder her - kurz alle jene "demokratischen Errungenschaften", die wir euch 1918 im Namen des "proletarischen Staates" genommen haben. Organisiert Euch, schützt euch sogut ihr könnt gegen "unseren Staat".

Es versteht sich von selbst, dass die Bolschewiki nicht so sprechen konnten. Sie hätten sofort allen Einfluss auf das eigene wie auf das ausländische Proletariat verloren und wären in kurzem vom Schauplatz weggefegt worden. Wenn sie daher auf der einen Seite den/ Gegensatz zwischen den Staats- und Klasseninteressen anerkannten, so mussten sie andererseits versuchen, diesen Gegensatz zu "versöhnen" d.h. sie mussten ein "Zwischenglied" konstruieren, durch welches die widerstreitenden Interessen ausbalanciert werden konnten. Die Gewerkschaften sollten dazu dienen.

Nichts enthüllt besser den unlösbaren Widerspruch der bolschewistischen Politik, als diese Erklärung Lenins. Die Gewerkschaften sollten also die Arbeiter gegen den Staat verteidigen. Der Staat - das sind die Bolschewiki; in ihrer Hand ist alle politische Macht konzentriert. Aber die Gewerkschaften sind ebenfalls die Bolschewiki, es gibt keine andere als bolschewistische. Die Bolschewiki verteidigen also die Arbeiterinteressen gegen die Bolschewiki. Die Arbeiter sollen gegen den Staat verteidigt werden - und durch wen? Wiederum durch den Staat! "Man muss die Staatsmacht ausnutzen zum Schutz der Arbeiterinteressen gegen diese Staatsmacht". Das hieß wahrhaftig den/ Bock zum Gärtner machen.

Hatten vorher die Bolschewiki behauptet, dass die Arbeiter/ und Bauern "zwei Seelen in der Brust" hätten, so entdeckten sie jetzt zu ihrer Ueberraschung, dass der "Kampf der zwei Seelen" sich in Wirklichkeit in ihrer eigenen Brust abspielte. Die eine Seele trat dem Proletariat gegenüber nicht in der Gestalt des gesetzgebenden und verwaltenden Bürokraten, sondern vor allem auch in der des "Gesamtkapitalisten", des Eigentümers der Staatsindustrie. Die Industrie ist verstaatlicht, sie wird von den Bolschewiki geleitet, in dieser Eigenschaft fordern sie vom Arbeiter "Steigerung der Produktion um jeden Preis", Opferung der "Berufsinteressen" zugunsten der "Produktion". Die andere Seele der Bolschewiki wird verkörpert durch die Gewerkschaften; in dieser Eigenschaft verteidigen die Bolschewiki die "Berufsinteressen der Arbeiter", die ihre andere Seele verwirft. In der einen Seele kämpft der Profit gegen den Arbeitslohn, in der anderen der Arbeitslohn gegen den Profit. Dieser Kampf ist seiner Natur nach ein Klassenkampf - der Kampf zwischen Kapital und Lohnarbeit. Wenn dieser Kampf ernsthaft würde, so müsste die Einheit der Partei, welche beide Seelen vereinigt, auseinanderfliegen. Die Bolschewiki durften also den Kampf nicht ernsthaft werden lassen - sie mussten entweder die Interessen des Arbeitslohnes denen des Profits aufopfern - oder umgekehrt die Interessen des Profits denen des Arbeitslohnes. Kann es zweifelhaft sein, welche der beiden Seelen die Oberhand gewinnen würde?

Die // Erklärung Lenins bedeutete in der Tat die Liquidation des "Kriegskommunismus" - aber zunächst nur in der Theorie. Im Prinzip suchte man noch daran festzuhalten. Man wollte nur eine "Reform" des System. Zwei Monate später erzwangen Arbeiter und Bauern die Preisgabe des ganzen "Mechanismus". Damit ist die "jakobinische" Epoche der Oktoberrevolution beendet und die kapitalistische Entwicklung beginnt.

Die ökonomische Lage des russischen Proletariats in der Nep.

Seit 1921 ist die ökonomische Politik der Bolschewiki nur noch ein Prozess des beständigen Zurückweichens vor der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft. Die Bolschewiki ^{versuchen} hierbei zwar immer noch, durch administrative ~~XXXXXXXXXXXX~~ ^{Entwicklung} und polizeiliche Zwangsmassnahmen die kapitalistische ~~in den~~ Rahmen einzuzwängen "den wir zulassen wollen" (Lenin), sie rafften sich von Zeit zu Zeit zu gewaltsamen Vorstößen gegen das Kapital auf; aber alle "einschränkenden" Dekrete, Gesetze, Richtlinien usw. werden Schritt für Schritt durchbrochen, und alle Angriffe endigen nur damit, dass hinter die frühere Linie zurückgegangen werden muss. Wir geben zunächst eine kurze Uebersicht über die Etappen der Nep. Im Frühjahr 21 suchten zunächst die Bolschewiki nach einem "Mittelweg": Man lässt den freien Handel zu, aber nur in lokalem Umfang, Geldzirkulation - aber nur in beschränkter Höhe, Erbrecht, aber nur bis zu gewissen Grenzen. Die Staatsindustrie soll noch nicht auf freiem Markt verkaufen, man hält an der Utopie eines "staatlich geregelten Produktaustausch" zwischen den Bauernmassen und den Staatsbetrieben fest. Im Sommer muss man bereits diese Einschränkung für die Staatsindustrie durchbrechen; sie darf und soll auf freiem Markte handeln. Die Parteikonferenz (dezenber 21) beschliesst: freie Entfaltung des Handels innerhalb des ganzen Landes, Geldreform, Finanzreform, völlige Umstellung der Staats ~~XXXXXXXXXXXX~~ -industrie auf Profitwirtschaft.

Im folgenden wird dann die Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgehoben, der Naturallohn allmählich durch Geldlohn ersetzt, das System der Tariffverträge eingeführt usw. Bis 1922 existierte kaum irgendwelche Handelsverbindung zwischen Stadt und Land. Die Industrie ist beständig in schwerer Krise, die Vermittlertätigkeit der bürgerlichen "Agenten" und Schieber entfaltet sich mit tropischer Pracht. Die alte kriegskommunistische Organisation der Industrie ist unbrauchbar geworden eine neue noch nicht geschaffen. Seit Ende 22 sucht man die Akkumulation der Industrie durch starke Preissteigerung zu beschleunigen. Das Resultat ist ein enormer Rückgang des Absatzes (die "Scheere") zwischen Industrie- und Agrarpreisen nach Trotzki's Ausdruck) und eine neue grosse Krise im Herbst 1923. Der Privathandel hat sich in dieser Zeit stark entfaltet. Anlage von Privatkapital in der Industrie ist nur in ganz engen Grenzen gestattet - das Privatkapital findet andere Wege, in dem sich unter tausend Deckformen das kleine Handwerk unterwirft, Arbeitslose als Heimarbeiter beschäftigt, Scheingenossenschaften gründet usw. Anfang 23 beginnen die Versuche den industriellen Apparat zu reformieren. Wir können aber auf die verschiedenen Versuche, die man in dieser Beziehung gemacht, hier nicht weiter eingehen. Keiner hat es vermocht, die ungeheuer bürokratische Schwerfälligkeit des Mechanismus irgendwie zu beseitigen. Im Frühjahr 24 beginnt ein neuer Feldzug gegen das Privatkapital. Durch steuerpolitische und administrative Massnahmen. Etwa 20% aller Privathändler gehen kaputt, in der Hauptsache gerade die kleinen Händler, welche die Warenzirkulation mit dem Dorfe vermitteln. Man versucht, forcierte Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu ersetzen, aber diese Entwicklung geht äusserst langsam, die Genossenschaften leben hauptsächlich vom Kredit der Industrie, die Industrie weigert sich, sie ständig zu kreditieren. Der Zusammenbruch des Privathandels verschärft noch den ohnehin grossen Warenhunger. Dazu Missernte 1924. Erbitterung der Bauern über die Naturalsteuer und das System des "kommandierens" in den politischen Organen. Seither Herbst 24 ist die Lage wieder höchst kritisch. Man muss einen weiteren Rückzug machen. Den Bauern wird Landpacht und Lohnarbeit zugestanden, Bucharin ruft ihnen sein "Bereichert Euch" zu, das Privatkapital muss wieder herangezogen werden (Sogen. Neue Handelspraxis im Frühjahr 1925). Auf dem Dorfe entwickelt sich der Kulak rasch zu einer Macht. Die Industrie ist Ende 25 an einem Wendepunkt angekommen - alle alten Betriebe sind wieder in Gang gesetzt, der Neuaufbau (sog. "Rekonstruktionsperiode") muss beginnen. Das Tempo der industriellen Produktion verlangsamt sich, während der Warenhunger steigt. Die Getreideaufbringung im Herbst 25 entwickelt sich höchst kritisch, die Preise schnellen in die Höhe, die Valuta wackelt, der Privathandel macht grosse Geschäfte. Seit Anfang 26 beginnt die sogenannte "Rationalisierung". Der veraltete durch Krieg und Bürgerkrieg herunter gearbeitete technische Apparat sucht sich aus den eigenen geringen Mitteln nicht umwälzen lässt, geht die "Rationalisierung" hauptsächlich auf Kosten gesteigerter Intensität der Arbeit, also verstärkte Ausbeutung. Der wachsende Warenhunger und die künstlich niedrig gehaltenen Getreidepreise machen jede neue Getreideaufbringung zu einer Schicksalsfrage. 1926 setzt ein neuer Angriff auf das Privatkapital ein, die Staatsbanken und Staatsbetriebe werden angewiesen, ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Privathandel einzuschränken. Aber der steigende Warenhunger, der schliesslich sogar die Ernährung des Landes gefährdet, weil die Bauern nicht verkaufen wollen und ihre Wirtschaften nicht entwickeln können, veranlasst schon Ende 1926 den OVWR zu dem Vorschlag, man solle dem Privatkapital erhöhte Bewegungsfreiheit geben. Im Herbst 27 wieder grosse Krise. Die Bauern weigern sich zu verkaufen, weil sie keine Waren für ihre Getreide bekommen. Stalin versucht es aufs neue mit Gewaltmassregeln Haus-suchungen, Requisitionen, Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Zugleich erneuter Verstoß gegen den Privathandel, zahlreiche Privatbetriebe werden vernichtet. Da die Genossenschaftsläden keinen Ersatz leisten können, verschärft sich der Warenhunger noch mehr. 1928 geht die Zahl der Privatläden 330 000 auf 270 Tsd. zurück, die der Genossenschaften steigen von 44500 auf 49 800. Im Sommer 28 neuer Rückzug. Alle Zwangsmassnahmen gegen die Bauern werden aufgehoben, die Getreidepreise erhöht. Bald darauf grosses Konzessionsangebot an das ausländische Kapital. Die Konzessionsobjekte umfassen ein Kapital von insgesamt etwa 3,5 Milliarden Rubel. Offiziell heisst es, man müsse "das Kapital zur Mitarbeit am sozialistischen Aufbau heranziehen". So taumelt die ökonomische Politik der Bolschewiki zwischen krampfhaften Schlägen gegen die kapitalistische Produktion und erneuter Anbiederung an das für sie unentbehrliche

instanzen ebenfalls. Der Gewerkschaftler Andrejew anerkannte auf dem XI. Parteitag die "schwere materielle Lage der Arbeiter", wandte sich aber zugleich dagegen, dass die Gewerkschafts~~XXXXXX~~-Organisationen "übermässige Lohnforderungen an den Staat stellten und soviel wie möglich aus ihm herauszuholen suchten". Man muss hierbei berücksichtigen, dass der durchschnittliche Lohn knapp ein Drittel der Vorkriegslöhne betrug! Andrejew führte diese Tendenz der Gewerkschaftsorgane darauf zurück, dass diese stark mit ehemaligen Menschewiki und Sozialrevolutionären durchsetzt seien. Es wurde dann eine "Reinigung" des Gewerkschaftsapparats vorgenommen und alle leitenden Stellen mit "altgedienten" Parteimitgliedern besetzt, um die Oberaufsicht der Partei über die Gewerkschaften zu gewährleisten.

Ferner wurden im Frühjahr 22 die Grundlinien der Gewerkschaftspolitik fixiert, die im wesentlichen bis heute massgebend geblieben sind. Abschluss von Kollektivverträgen wurde empfohlen, Arbeiterstreitigkeiten sollten durch Schlichtung beigelegt werden, Streiks sind nur als äusserste Ausnahme zulässig. Der Schlichtungsapparat ist sehr kompliziert und arbeitet äusserst langsam und bürokratisch. Wiederholt zuletzt 1928 wurden lange Erörterungen über Vereinfachung des Verfahrens angestellt die aber bis jetzt zu keinem Erfolg geführt haben. Streiks sind wie gesagt in der Regel verboten. Die Gewerkschaften können jede ohne ihre Genehmigung geführten Streiks für ungültig erklären und die Streikenden ausschliessen, was natürlich zugleich Entlassung aus dem Betriebe bedeutet. Keine Gewerkschaftsorganisation darf für ihren Bezirk einen Streik erklären, ohne die zuständige Zentralinstanz um Erlaubnis gefragt zu haben. Die Entscheidungen der letzteren sind verbindlich. Jede Organisation, die sich ihnen nicht unterwirft, kann aufgelöst werden. Trotz dieser scharfen Bestimmungen haben sich aber Streiks nie unterdrücken lassen. Nach der ~~XXXX~~ Statistik des amtlichen "Voprocy Truda" (1924 Nr. 7/8) die aber nach Angabe der Quelle selbst unvollständig ist, fanden Streiks statt:

1921/22	- XXX /	447	mit	184	Tsd	Teilnehmern	und	525	Tsd	verlorenen	Arbeitstagen
1922/23		505	"	154	"	"	"	322	"	"	"

Nach Angabe von "V. Tr." war die Zahl der verlorenen Arbeitstage im Wirklichkeit höher, als die Statistik angibt. 95% aller Streikenden waren Arbeiter in Staatsbetrieben

1924 -267 Streiks, wovon 151 in Staatsbetrieben

1925 -199 " " 99 " "

1926 (erstes Halbjahr) 39 Streiks (nach Angaben Dogadov auf dem VII. Gew. Kongress) Nur eine verschwindende Zahl dieser Streiks fand die Unterstützung der Gewerkschaften: 1923 nur 11, 1925 von 99 kein einziger. Die Arbeiter mussten also ihre Forderungen nicht nur gegen die Industriebürokratie, sondern auch gegen die Gewerkschaften durchkämpfen. Die Parteizelle in den Betrieben steht dabei in der Regel auf Seite der Betriebsleitung. In der weitaus überwiegenden Zahl dieser Fälle stehen also die Gewerkschaften auf Seiten der Industriellen, und Tomski hat dies auf dem VII. Gewerksch.-Kongress auch ausdrücklich betont.: Während in den kapitalistischen Ländern sagte er- der Kommunist Lohnforderungen unterstützen muss, darf er unter der proletarischen Diktatur nicht so handeln... Hier müssen die ökonomischen Forderungen der Arbeiter mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Akkumulation in Einklang gebracht werden. Als daher im Juli (1926) die Forderungen nach Lohnerhöhung erhoben wurden, hat niemand von den Gewerkschaften diese Forderungen unterstützt. Der WZSPS konnte ~~XXXXXX~~ sie nicht unterstützen.. weil! wir seit dem seit dem Frühjahr eine Preissteigerung zu verzeichnen hatten.. Unter diesen Umständen bedeutete die Forderung der Lohnerhöhung also: der Reallohn soll der Teuerung angepasst werden. Aber dies hätte offizielle Anerkennung der Geldentwertung bedeutet.. und darauf konnten wir nicht eingehen" (Protokoll S. 49f)

Hier sehen wir also die Gewerkschaften ganz bewusst die Interessen der Arbeiter preisgeben. Um die faktisch eingetretene Geldentwertung nicht "offiziell anerkennen" zu müssen, um sie wenigstens "offiziell" zu verschleiern, willigten die Gewerkschaften in die Herabdrückung des Reallohnes ein. Dies ist jedoch kein Sonderfall, es ist vielmehr das System der Lohnpolitik..

Anfang der Nep, im Frühjahr 22, hatte man zunächst Mindestlöhne festzulegen versucht. Als aber die Arbeiter, deren Lohn nur erst ein Drittel des Vorkriegslohnes betrug, immerwieder bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen suchten, wurden ab

203/69

November 22 mit Zustimmung der Gewerkschaften eine Höchstgrenze für den Arbeitslohn festgesetzt. Im September 1923 willigte der WZSPS auf die Beschwerde der Industrieführer ein, dass von nun an die Löhne nur in dem Masse erhöht werden sollten, wie die Arbeitsleistung steige. Im August 24 verordnete das ZK der Partei, dass die "Produktionsnormen" gesteigert werden müssten (die Arbeitsleistung, die bei Berechnung der Löhne zugrunde gelegt werden soll) und dass die Akkordsätze periodisch zu revidieren und bei Verbesserung der Produktion herabzusetzen seien. Infolge dieser Revision, die mit ständiger Lohnsenkung endeten, brachen im Frühjahr 25 zahlreiche Arbeitskonflikte aus, so dass der Arbeitslohn im Sommer etwas erhöht werden musste. Bereits im Herbst 25 aber erklärten die Leiter der Staatsindustrie von neuem, dass Lohnsteigerung nur noch auf der Grundlage gesteigerter Arbeitsproduktivität bewilligt werden könnten. In der Tat blieben von da ab die Löhne nominell auf dem gleichen Niveau stehen, sanken aber real im Laufe von 1926 infolge Preissteigerung um etwa 4%. Diese Tendenz herrscht bis heute. Im Trud nr. 53/1928 fragt eine Arbeiterin an: "Warum werden jedes Jahr bei der Ueberprüfung der Lohnsätze diese immer herabgesetzt und nie erhöht?". Der Trud antwortet: Man muss zugeben, dass dies in den meisten Fällen so ist. Der Hauptgrund sei, dass in der letzten Zeit eine Rationalisierung des Produktionsprozesses durchgeführt werde. Die gesteigerte Produktivität führe dann zur Herabsetzung der Löhne.

Es ist die altbekannte Methode des Kapitals: fordert der Arbeiter Lohnerhöhung, so heisst es: erst Leistungssteigerung. Steigt die Arbeitsleistung so steigt der Lohn bestenfalls um einen Bruchteil der Produktionssteigerung, oft stagniert er oder wird unter das frühere Niveau gedrückt. Auf jeden Fall aber sinkt der Anteil des Arbeiters an seinem eigenen Arbeitsprodukt.

Nach Trud stieg das durchschnittliche Tagesprodukt eines Arbeiter in den letzten Jahren folgendermassen:

(In "Vorkriegs-rubeln" gerechnet. Mit Rücksicht auf die Unstabilität des heute geltenden Tschervonez-Rubels werden die Rentabilitätsrechnungen und Industriepläne in "Vorkriegsrubeln" aufgestellt, wobei etwa ein Tschervonezrubel = 0,5 Vorkriegsrubel zu setzen ist)

August-Oktober 26 = 8,82. Aug.-Okt. 27 = 9,70. Jan.-März 28 = 10,72 Vorkr. Rubel. Dagegen betrug der durchschnittliche Tageslohn in gleicher Zeit in Tschervonez Rubel (die also die halbe Kaufkraft des Vorkriegsrubels haben) gerechnet:

Aug.-Okt. 26 = 2,45. Aug.-Okt. 27 = 2,73. Jan.-März 28 = 2,71 Tscherv. Rbl.

Auf Tscherv. Rbl. umgerechnet ist also die Arbeitsproduktivität (Tagesleistung) vom Herbst 26 bis Frühjahr 28 um etwa 3,80 Rbl. gestiegen, während der Tageslohn in der gleichen Zeit sich nur um 0,26 Tscherv. Rbl. erhöht hat, bei gleichzeitiger Preissteigerung. Was aber bei den Arbeitslöhnen des russischen Proletariats besonders charakteristisch, das ist die ausserordentliche Differenz zwischen den Löhnen für Gelernte und Ungelernte. "Wie kommt es - fragt ein Arbeiter im Trud (Nr. 220 1928) an - dass die qualifizierten Arbeiter 200-+00 Rubel im Monat bekommen, ihren Kindern gute Ausbildung geben können, bequem wohnen und ins Theater gehen? Der ungelernete dagegen erhält nur 50-60 Rbl und muss versuchen, sich durch Nebenarbeit etwas verdienen. Ist das gerecht? Kann man den Lohn nicht ausgleichen?" Und Tomski sagte auf dem VII. Gewerkschaftskongress: "Ueber nichts wundern sich die ausländischen Besucher so sehr, wie über den grossen Unterschied in den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter, die bei uns... eine so kolossale Differenz aufweisen, wie nirgends in Westeuropa". Auf dem demselben Kongress machte Dgadow über die Lohnverhältnisse folgende Angaben (für Ende 1926) In der Maschinenbau-Industrie erhalten 46% aller ungelerten männlichen und 88% aller weiblichen Arbeiter nur bis zu 50 Rbl. Monatslohn; ~~z~~

Das Lohnsystem in der Staatsindustrie ist sehr kompliziert. Innerhalb jedes Industriezweiges existieren 8 Lohnstufen für Arbeiter, dabei weichen aber die Löhne ein und derselben Stufe ("rasrjad") in den verschiedenen Industriezweigen wieder beträchtlich von einander ab. So erhalten die Arbeiter des untersten (ersten) "rasrjad" einen Tageslohn von: in der Maschinenindustrie 2,52 Rbl, in der Metallindustrie 2,50 Rbl, in der Schuhindustrie von 2,10 Rbl. Innerhalb desselben "rasajad" einen derselben Industrie bestehen wieder beträchtliche Unterschiede zwischen Zeitlohn und Akkordlohn. Die eben angeführten Zahlen gelten für Zeitlohn. Während also z.B. die Lohnstufe für die unterste Qualifikation ("rasrjad" in der Maschinenbauindustrie für

203/90

für Zeitlohn 2,32 Rbl beträgt, ist sie für Akkordlohn in derselben Lohnstufe und Industrie 3,18 Rbl pro Tag. Ferner zerfallen die faktisch gezahlten Löhne wieder in Tariflöhne und Zuschläge, diese ebenfalls äusserst kompliziert gegliedert sind, so dass nach dem Urteil und beständigen Klagen der Gewerkschaftler sich in diesem Wirrwarr niemand auskennt, Seit 1928 macht man Versuche zu einer gewissen Normierung, die aber noch nicht weit gediehen sind. Diese Komplikation bildet eine ständige Quelle von Konflikten, da die Leiter der Staatsbetriebe die unklaren Bestimmungen mit Vorliebe zu Lohndrückerei ausnutzen.

Der Durchschnittslohn für die gesamte Staatsindustrie beträgt 16,40 RMX Tschvonez-Rubel wöchentlich. Die Kaufkraft des Tschervonezrubels wird allgemein mit etwa 50% des Vorkriegsrubels angesetzt, d.h. sie beträgt nur die Hälfte seines Nennwertes infolge des hohen Preisniveaus. In Mark umgerechnet kann man also günstigensfalls einen Tschervonezrubel = einer Mark setzen. Eine ganze Reihe von Industriezweigen bleiben aber unter jenem Durchschnitt. So beträgt der durchschnittliche Wochenlohn in der Textilindustrie (ca 400 Tausend Arbeiter) 14,63 Tsch. Rbl, im Baugewerbe 15,83 Rbl usw. Am besten bezahlt sind die Arbeiter der Gummi-Industrie mit 25,30 Tsch. Rbl wöchentlich, am schlechtesten die der Streichholzfabrikation mit 11,0 Rbl und der Leinen Industrie mit 10,60 Rbl.

Wir erwähnten schon, dass innerhalb jeder Industrie der Lohn in 8 "Rasrjady" (Ragstufe) abgestuft ist. Nr.1 ist die unterste, Nr 8 die höchste Stufe. Nach der Gewerkschaftsstatistik gehören etwa 50% aller Arbeiter dem 3-4. Rasrjad an. In der Maschinenbau Industrie waren März 1928 von etwa 16 000 untersuchten Arbeitern 7400 zum 2. und 3. Rasrjad mit einem Wochenlohn von 16,90- 25,60 Rbl (die Maschinenbauer gehören zu den bestbezahlten Arbeitern) In der beiden obersten (der 7. und 8.) Rangstufe befanden sich 1067 Arbeiter mit einem Wochenlohn von 42,30 - 44,16 Rbl.

Man kann also jedenfalls nicht behaupten, dass die russischen Arbeiterlöhne glänzend seien. Sie stehen tief unter westeuropäischem Niveau, wobei noch zuberücksichtigen, dass die Industriewaren nicht nur teuer, sondern auch in ihrer Qualität weitaus schlechter sind als in entwickelteren kapitalistischen Ländern, also rascher abgenutzt werden und daher schneller ersetzt werden müssen.

Im Gesamtdurchschnitt für die Staatsindustrie betrug der Arbeitslohn 1928 127% der Löhne unter dem Zarismus, in manchen Industrien aber bleibt er weit unter diesem Durchschnitt: so in der Metallindustrie nur 105-107, bei den Bergarbeitern nur 90-95 % der Zarenlöhne. Die letzteren haben also im Jahre 1928 das äusserst niedrige Lohnniveau unter dem Zarismus noch nicht wieder erreicht.

Nun wird aber behauptet, das geringe Lohnniveau werde dadurch ausgeglichen, dass der russische Arbeiter weit weniger für Wohnungsmiete auszugeben habe als etwa der Deutsche. Dies ist allerdings richtig - aber die Wohnungsverhältnisse sind auch danach.

Die Gewerkschaften haben wiederholt Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse der russischen Arbeiter angestellt. Wir geben einige Berichte wieder.

"In den Arbeiterquartieren ("obscheschitje") von Novo-Smoljaninovsk (Dongebiet) herrscht Schmutz, Ungeziefer und Engigkeit. Die Wände sind feucht und schmutzig. Auf derselben Herdplatte, wo das Essen gekocht wird, müssen die stinkenden Arbeitskleider getrocknet werden. In den Arbeiterkasernen von Lisitschansk blühen Trunkenheit und Kartenspiel. Wenn die Schmutzschicht auf dem Boden zu dick wird und bis zur Höhe der Schlafpritschen aufsteigt, heisst es einfach: Stellen wir die Pritschen höher. In den Kasernen von Schacht 33 herrschen jeden Sonnabend in den Arbeiterkasernen Trunkenheit und Schlägerei. Die Quartierältesten organisieren in den "Roten Ecken" Saufereien und Ausschweifungen. Es gibt weder Zeitungen noch Zeitschriften. Unter denselben Bedingungen leben die Arbeiter im Trust Uralasbest (Uralgebiet). In Kaserne 212 gibt es noch keine Ventilation, keine Schränke, keine Wandbretter. Die Wassertonnen haben keinen Deckel, sie sind mit einer dicken Schicht von Küchenschaben bedeckt". (Trud 1928 Nr. 190.)

"Wir besuchten eine Anzahl Kasernen von Berg- und Metallarbeitern. Die machen einen niederschmetternden Eindruck. Die Wände sind schmutzig, überall Risse, in denen Schaben und Wanzen hausen. Manche Schlafpritschen stehen mit den Füßen in Konservendbüchsen voll Wasser, damit die Wanzen nicht hinaufkönnen. Es gibt keine Möglichkeit, die Arbeitskleider zu trocknen. Sie müssen nass wieder angezogen werden. So ist die Lage in den Kasernen von Petrovs Rudschenkovsk, Tschistjakovsk und anderen. In den Stalin-

103/11

schen Fabrik wohnen die Arbeiter in alten Kriegsgefangenenbaracken, in denen es einregnet. Die Industriellen zeigen ~~XXX~~ gegenüber allen Klagen der Arbeiter eine Gleichgültigkeit, die an Verbrechen grenzt. Selbst in den neuen Häusern des Stalin-schen Kombinats hören die Klagen der Arbeiter nicht auf; sie betreffen dieselben Uebelstände wie in den alten Häusern. Die verfügbaren Mittel werden von den Industriellen nur zu 20% verausgabt. Ebenso schlecht ist die Ernährung ohne dass sich eine Hand dafür rührt. Man hat schon so oft darüber geredet, dass die Arbeiterkasernen mit Kesseln und Kasserolen usw. versorgt werden sollen um eine gemeinsame Speisung durchzuführen. Es wird aber nichts getan. Die Arbeiter begegnen bereits jeder Untersuchungskommission mit Misstrauen. Sie sagen "Es waren so viele Untersuchungen, aber nichts hat sich geändert" (Trud 1928 Nr. 227).

Im Bergbauggebiet der Ukraine: "Die Betriebsleitung legt den Tarifvertrag aus wie sie will. Sie bietet dem neu~~XXX~~ eingestellten Arbeiter an, in einer gänzlich unmöblierten ~~XXXXXX~~ Kaserne zu wohnen. Der Arbeiter lehnt es ab, in einem solchen Stall zu hausen und mietet sich eine Zimmerecke in einer Privatwohnung. Daraufhin verweigert ihm die Werkleitung sein Kohlendeputat, weil er privat wohne". (Trud 1928 Nr. 256)

Schachtygebiet. "Auf den Schächten 140.141.142. ist die Produktion um 80% gesteigert, die Wohnungsbaukredite dagegen um die Hälfte reduziert worden, obwohl von 1300 Arbeitern nur 390 Wohnung haben. Die Arbeiter~~XXX~~ müssen auf den Dörfern leben, 5-7 km von der Arbeitsstelle entfernt... Besonders unzulässig, um es nicht stärker auszudrücken, ist das Verhalten der Leitung des Donngol (des grossen staatlichen Kohletrust) gegenüber der Verbesserung der allerelementarsten Lebensbedürfnisse der Arbeiter wie Wasserversorgung, Bau von Badeeinrichtungen, Möblierung der Arbeiterkasernen usw. Donugol erklärte hierfür kein Geld übrig zu haben. Auf den Nesvetajevsker Schächten (3500 Arbeiter) muss der Arbeiter bis zu 2 Stunden laufen, um einen Eimer Wasser zu holen. (Trud 1928 Nr. 271)

Ueber die "Arbeiterkasernen" eines staatlichen Trikotagentrusts in Ivantejev (30km von Moskau) gibt Trud (1928/17. März) folgende Schilderung: Bei dieser Fabrik existieren zwar eine Reihe kleiner Einzelwohnungen, die sauber und gut imstande sind, sie werden aber bloss an die "höchstqualifizierten Arbeiter" vergeben. Die Hauptmasse der Arbeiter ist in Massenquartieren untergebracht, von denen der Korrespondent des "Trud" folgendes Bild entwirft: "Nachdem wir die Wohnungen der 'qualifizierten Arbeiter' besichtigt, gelangen wir zum 'echten Proletariat'. Innerhalb des Fabrikkomplexes, zwischen der Hauptmauer und einem schmutzigen hölzernen Verschlag befindet sich der für beide Geschlechter gemeinsame grosse Schlaf- und Wohnraum. Das lange Gebäude hat nur ein Fenster, das sich nicht einmal öffnen lässt.. Das Glas ist stellenweise zerbrochen und zur Verhinderung der "natürlichen Ventilation" mit schmutzigen Lappen verstopft. Neben der Eingangstür ein primitives zusammengesetztes Oefchen, das zugleich als Kochherd dient. Die lange Ofenröhre verqualmt den ganzen Raum. Der Fettdunst eines auf dem Herde gebratenen Fisches zieht durch die ganze Kaserne. Längs der Wand stehen die hölzernen Betten, bedeckt mit schmutzigen Strohsäcken und Lumpen- eine Brutstätte von Wanzen und Läusen. Die Betten stehen unmittelbar nebeneinander. Hier wohnen zweihundert ungelernete oder angelernte Arbeiter mit 18-32 Rubel Monatslohn!! Männer und Frauen, Junggesellen und Familien, alles lebt hier zusammen ohne irgendwelche Zwischenwände. Der Wohnraum pro Person beträgt höchstens 3 Quadratmeter, meist beträchtlich weniger. Auf einer einzigen Bettstelle "wohnen" z. B. ein Arbeiter mit seiner Frau und drei Kindern, während das vierte in der "zweiten Etage" haust- nämlich in einer über dem Bett aufgehängten Wiege... In der ganzen Kaserne existiert nur ein Klosett das gemeinsam von Männern und Frauen benutzt wird und in welchem sich zugleich der einzige vorhandene Wasserhahn befindet. Um vor Belästigungen durch die jungen Burächen sicher zu sein, benutzen die Arbeiterinnen das Klosett zu zweien oder dreien gleichzeitig. "Auf die Frage des Korrespondenten, warum sie nicht gegen diese Zustände kämpften, erwiderten die Arbeiter "Wir sind rechtlos.. "Die Furcht vor Entlassung hält jeden Widerstand nieder.

In derartigen "Kasernen" vegetiert die Hauptmasse des russ. Proletariats, soweit sie nicht auf den Dörfern wohnen, die stundenweit von der Fabrik entfernt sind. Diese Arbeiterwohnungen bekommen die ausländischen Gäste allerdings nicht zu Gesicht. Man zeigt ihnen einige der "kleinen sauberen Einzelwohnungen", in denen die "höchstqualifizierten Arbeiter", Werkmeister usw. untergebracht sind- und dann reisen sie beglückt